



© Alexi Polekanos

maschek

Robert Stachl und Peter Hörmanseder setzen auf Satire – und auf urheberrechtlich geschütztes Material.

weite ausgelegt sind und gleichzeitig die Verantwortlichen für die Inhalte gern geheim halten, würden sie sicherlich nicht vom Leistungsschutzrecht Gebrauch machen. Deshalb würden Fake News nach Verabschiedung des Leistungsschutzrechts auf Sozialen Medien wahrscheinlich noch sichtbarer.“

Die Branchenvertreter zeigen sich erfreut: „Die Plattformkonzerne verdienen mit Musik und anderen kreativen Inhalten weltweit Milliarden an Werbeeinnahmen und haben sich bisher geweigert, die Content-Inhaber fair daran zu beteiligen“, so Franz Medwenitsch, Geschäftsführer des Verbands der österreichischen Musikwirtschaft.

Das Ende des freien Internets?

Wie immer gibt es zwei Seiten der Medaille: Während die einen an die Gerechtigkeit für Urheber glauben, sehen die anderen das freie Internet bedroht. Vor allem Upload-Filter erhitzen die Gemüter.

Automatisierte Durchsuchung

Künftig soll jeder Upload von Privatpersonen auf Plattformen – beispielsweise Videos auf YouTube – automatisiert durchsucht werden; Ziel ist es, mögliche Urheberrechtsverletzungen aufzudecken. Die Plattformen selbst sollen die Upload-Filter einsetzen. „Upload-Filter, die dafür sorgen sollen, dass Inhalte auf Plattformen gar nicht erst erscheinen, beschneiden sehr wohl das Recht auf freie Meinungsäußerung“, so Schubert.

Die Kritik an der Regelung ist aus Sicht von ProSiebenSat.1 Puls 4 unbegründet: „Sicherzustellen, dass Rechteinhaber selbst über die Verwertung ihres mit großem finanziellem Aufwand hergestellten Contents bestimmen können, hat mit Zensur oder Einschränkung der Meinungsfreiheit nichts zu tun.“ In Österreich erwirkte

kein Problem damit, auf Verlinkungen zu Online-Medien zu verzichten, Verlage, die von Werbeeinnahmen auf ihren Websites leben, jedoch sehr wohl (...) Es scheint, als gäbe es auf dem österreichischen Markt noch Player, die davon ausgehen, dass das Internet und die damit verbundenen neuen Geschäftsmodelle ein Phänomen sind, das man aussitzen kann, indem man neue Player mithilfe der Politik in die Knie zwingt.“ Schubert erklärte medianet weiter, dass die Zukunft jenen Medien gehöre, die es schaffen, ihre Inhalte zu monetarisieren, indem sie z.B. mit Plattformen zusammenarbeiten und es den Nutzern möglichst einfach machen, einen Beitrag ohne langfristige Anmeldung und ohne Ausfüllen von „Endlosformularen“ zu erwerben.

A better way than this

Google selbst erklärt: „We've always believed there's a better way than this, and that innovation and partnership are the keys to successful, diverse and sustainable news and creative sectors in the EU. For both European creators and consumers, it's vital to preserve the principles of linking, sharing and creativity on which so much of the web's success is built.“

Doch nun wird wohl der Weg des Leistungsschutzrechts gegangen. Wobei ungeklärt ist, wie Google auf diese europaweite Regelung reagieren wird. Einen Vorgeschmack hierauf dürfte das Beispiel Spanien geben; das Leistungsschutzrecht gilt hier in einer verschärften Version seit 2014: Per Gesetz

wurde beschlossen, dass Verleger auch nicht per Einwilligung Google erlauben können, Anreißer von Berichterstattungen zu veröffentlichen. Die Folge? Google stellte Google News ein. Die Zeit veröffentlichte im Dezember 2017 einen Artikel über eine von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studie, die nie veröffentlicht wurde. Laut dieser würden Auswertungen in Spanien belegen, dass der dortige Rückzug von Google News vor allem kleineren Medien schade – größere Verlage hingegen verzeichneten keine signifikanten Veränderungen. In Deutschland und Spanien hätte laut der Studie durch die Lizenzgebühren von News-Aggregatoren noch niemand Geld verdient. Darum geht es auch nicht, erklärt Grünberger im „Ö1 Morgenjournal“: „(...) Es ist

schlichtweg falsch, dass Verleger glauben, sie können damit Werbegeld zurückholen. Es geht letztendlich um den Schutz von Inhalten (...)“. (Hier geht es zur Studie: www.asktheeu.org/en/request/4776/response/15356/attach/6/Doc1.pdf)

Wird aus Schutz Fake?

Gerade diesen sehen Politiker wie Julia Reda, Piratenpartei, und viele Initiativen wie netzpolitik.org allerdings bedroht. Von Fake News ist da die Rede, denn jede zu sehende Verlinkung ist kostenpflichtig. Eine logische Konsequenz wäre, dass Facebook beispielsweise aus Kostengründen auf das Teilen von Nachrichten von bekannten Verlagen verzichtet.

Reda schreibt hierzu: „Da ‚Fake News‘ und Propagandaquellen stets auf größtmögliche Reich-

“

Upload-Filter, die dafür sorgen sollen, dass Inhalte auf Plattformen gar nicht erst erscheinen, beschneiden sehr wohl das Recht auf freie Meinungsäußerung.

Maximilian Schubert
ISPA

“



© Daniel Hirtler/ansco/lego